



Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie  
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie  
Referat KI 1  
buero-ki1@bmwi.bund.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat  
Referat DG I 1  
DGI1@bmi.bund.de

12. Januar 2021

Seite 1 von 5

Aktenzeichen

(bei Antwort bitte angeben)

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes  
und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des  
öffentlichen Sektors**

Telefon 0211

Fax

andreas.meyer-

falcke@mwide.nrw.de

Ihr Schreiben vom 17. Dezember 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung Ihres Referentenentwurfs für ein Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes und zur Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors, zu dem ich wie folgt Stellung nehme:

**I. Vorbemerkung**

Hinzuweisen ist zunächst auf den gemeinsamen Beschluss der Bundeskanzlerin sowie der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 2. Dezember 2020 unter TOP 5. Dort heißt es unter Punkt 3: „Die Bundeskanzlerin und die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterstreichen, wie wichtig es ist, dass sich Verantwortliche in Politik und Verwaltung frühzeitig mit ausreichenden Fristen abstimmen [...].“

Ergänzend verweise ich auf den gemeinsamen Beschluss der Bundeskanzlerin sowie der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 13. Dezember 2020. Dort heißt es unter Punkt 8: „Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden dringend gebeten zu prüfen, ob die Betriebsstätten entweder durch Betriebsferien oder großzügige Home-Office-Lösungen vom 16. Dezember 2020 bis 10. Januar 2021 geschlossen werden können [...]“.

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Berger Allee 25  
40213 Düsseldorf

Nebengebäude:  
Haroldstraße 4  
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0  
Telefax 0211 61772-777  
poststelle@mwide.nrw.de  
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Straßenbahnlinien 706, 708,  
709 bis Haltestelle Poststraße

Eine Länderbeteiligung zum o.g. umfangreichen Gesetzentwurf mit nicht unerheblichen Auswirkungen auf die Länder und Kommunen „zwischen den Jahren“ und während des o.g. „harten Lockdowns“ wird nach hiesiger Ansicht nicht dem Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder gerecht, sich mit ausreichenden Fristen abzustimmen.

## **II. Zum Artikel 1 (Änderung des EGovG)**

Die geplanten Änderungen des EGovG (Bund) haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen, sondern betreffen ausschließlich die Bundesverwaltung.

Die angedachten Änderungen des Bundes entsprechen aber im Wesentlichen den Regelungen und Vorgaben, die bereits in Nordrhein-Westfalen durch das Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 30. Juni 2020 eingeführt wurden. Insofern ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass der Bund mit seinen geplanten Änderungen des EGovG (Bund) ähnliche Regelungen und Vorgaben für die Bundesverwaltung anstrebt, die in Nordrhein-Westfalen schon für die Landesverwaltung gelten.

### **1. Maschinenlesbarkeit**

Zur Verbesserung der Qualität der Bereitstellung und folglich zur Vereinfachung der Nutzung offener Daten sollen nach dem Gesetzentwurf des Bundes unbearbeitete Daten zukünftig ausschließlich in einem maschinenlesbaren Format bereitgestellt werden.

Eine vergleichbare Regelung existiert in Nordrhein-Westfalen bereits im § 16a Abs. 6 EGovG NRW seit dem Sommer 2020. Im Rahmen der in Nordrhein-Westfalen im Herbst 2019 durchgeführten Verbändeanhörung und Öffentlichkeitsbeteiligung zum diesbezüglichen Referentenentwurf hatten die Verbände die Bereitstellung in einem maschinenlesbaren Format auch als sinnvolle Weiterentwicklung gegenüber dem EGovG des Bundes begrüßt.

### **2. Open-Data-Koordinatoren**

Eine zweite wesentliche Änderung liegt darin, dass sämtliche Bundesbehörden die Stelle eines Open-Data-Koordinators einzurichten und dauerhaft zu unterhalten haben.

In Nordrhein-Westfalen sind ebenfalls bereits auf der Grundlage des o.g. Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Vorschriften vom 30. Juni 2020 Stellen bzw. zentrale Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in jedem Ressort eingerichtet worden, die für ihren Geschäftsbereich die Umsetzung der Open Data Verpflichtung aus § 16a EGovG NRW koordinieren.

### **3. Forschungsdaten**

Die dritte wesentliche Änderung betrifft die Aufnahme von Forschungsdaten. Diese werden bereits heute schon vom § 16a EGovG NRW erfasst (vgl. <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-9930.pdf>, S. 5).

### **III. Zum Artikel 2 (Datennutzungsgesetz – DNG)**

Die geplante Einführung des Gesetzes für die Nutzung von Daten des öffentlichen Sektors, insbesondere zur Umsetzung der PSI-Richtlinie, hat nach hiesiger Einschätzung konkrete Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen, insbesondere hinsichtlich der Anforderungen an die Datenbereitstellung sowie der Erfüllungsaufwände. Angesichts der kurzen Stellungnahmefrist und des Arbeitsstandes des Gesetzentwurfs wird im Folgenden aber nur zu grundsätzlichen Aspekten und nicht zu den Details des Entwurfs Stellung genommen.

#### **1. Umsetzung der PSI-Richtlinie**

Offene Daten sind der Treibstoff für eine innovative Wirtschaft, effizientes Verwaltungshandeln und eine partizipative Gesellschaft. Sie tragen dazu bei, das Wirtschaftswachstum anzuregen, Innovationen und neue Produkte und Dienste zu ermöglichen und die Teilhabe der Zivilgesellschaft und Wirtschaft am Verwaltungshandeln zu stärken.

Der Rechtsrahmen in der Europäischen Union bezüglich offener Daten und der Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors beruht auf der Richtlinie (EU) 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (sog. PSI Richtlinie). Die Neufassung der Richtlinie ist am 16. Juli 2019 in Kraft getreten. Die Umsetzungsfrist von zwei Jahren endet am 17. Juli 2021.

Es bedarf daher aus mehrererlei Hinsicht der Umsetzung der PSI-Richtlinie in Deutschland.

## **2. Anwendungsbereich DNG und Verhältnis zum EGovG (Bund) sowie zum Landesrecht**

Der Anwendungsbereich des DNG weicht – entsprechend den Vorgaben der PSI-Richtlinie – vom Anwendungsbereich des EGovG (Bund) sowie des EGovG NRW ab. Der in § 2 DNG-E definierte Anwendungsbereich erscheint aber darüber hinaus auch unübersichtlich und noch nicht ausgereift. Es besteht beispielsweise Klarstellungsbedarf für den Bereich der Justiz und die Belange des Registerportals, Grundbuchportals, Insolvenzportals sowie weiterer Portale und Register der Justiz. Ggf. bedarf es einer mit § 1 Abs. 3 EGovG (Bund) bzw. § 1 Abs. 3 Nr. 1 EGovG NRW vergleichbaren Regelung oder zumindest einer entsprechenden Klarstellung in der Gesetzesbegründung.

Für alle betroffenen Behörden in Bund und Ländern wären eindeutiger Regelungen wünschenswert, um im Schnittbereich zwischen DNG, EGovG (Bund) und EGovG NRW die für sie jeweils geltenden Vorgaben rechtssicher identifizieren zu können.

Nicht klar ist auch grundsätzlich das Verhältnis des DNG zum EGovG (Bund) und weiteren Vorschriften des Bundes sowie der Länder. Es besteht die Gefahr, dass sich bei teilweise identischen Regelungsgegenständen abweichende oder widersprüchliche Regelungen ergeben. Dies betrifft beispielsweise die Fragen der Kostenfreiheit/Gebühren, vgl. § 10 DNG-E einerseits und § 10 IFG (Bund) bzw. § 11 IFG NRW und § 16a Abs. 5 EGovG NRW andererseits. Auch die Regelung zur Zurverfügungstellung der Metadaten über GovData nach § 7 Abs. 4 DNG-E könnte im Widerspruch zur Praxis in Nordrhein-Westfalen stehen, wo die Veröffentlichung grundsätzlich zunächst einmal über das Portal „Open.NRW“ erfolgt. Hier bedarf es dringend weiterer Klarstellungen – zumindest in der Gesetzesbegründung – wie sich das DNG-E zum weiteren Bundesrecht und zum Landesrecht verhält. Ggf. ist eine Regelung aufzunehmen, dass Landesrecht – wo es die PSI-Richtlinie zulässt – abweichende Regelungen zum DNG-E treffen darf.

### **3. Erfüllungsaufwände für die Landes- und Kommunalverwaltung in Nordrhein-Westfalen**

Auch wenn der Gesetzentwurf noch einige Fragen offenlässt, zeichnet sich doch ab, dass nicht unerhebliche Erfüllungsaufwände für die Landes- und Kommunalverwaltung sowie öffentliche Unternehmen in Nordrhein-Westfalen entstehen, da diese – u.a. aufgrund landesrechtlicher Regelungen – bereits Daten veröffentlichen und deshalb zu den vor allem durch §§ 8 und 9 DNG-E vorgegebenen Bereitstellungswegen zu aufwändigen technischen Anpassungen verpflichtet werden. Hierbei bleibt zudem unklar, in welchen Fällen dynamische Daten nach § 8 DNG-E und hochwertige Datensätze nach § 9 DNG-E auch als Massen-Download anzubieten sind, da die hierfür vorliegende technische Erforderlichkeit nicht weiter konkretisiert wird.

Die kalkulierten Aufwände scheinen dabei recht niedrig bzw. es wird recht pauschal der niedrigste Wert einer Schätzung eines externen Dienstleisters angesetzt. Wir gehen davon aus, dass beispielsweise die Aufwände für eine Bereitstellung via API in vielen Fällen über den von der Gesetzesbegründung angesetzten Aufwänden liegen dürfte. Es bedarf hier dringend einer valideren und ausführlicheren Kostenschätzung, insbesondere auch in Bezug auf die Kosten für die Länder und die Kommunen und unter Berücksichtigung der derzeit von der Europäischen Kommission zu erarbeitenden Liste sog. hochwertiger Datensätze.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns im weiteren Prozess beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke

(Der Beauftragte der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Informationstechnik (CIO))